



Montag, 22.01.2024

Sehr geehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments,

als besorgte Mitglieder europäischer zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gewerkschaften möchten wir Sie dringend auf die bevorstehende Abstimmung über das EU-Chile advanced framework agreement (AFA) aufmerksam machen, die für den 24. Januar im EU-Handelsausschuss (INTA) und anschließend Ende Februar im Europäischen Parlament vorgesehen ist.

Wir erkennen die Bedeutung einer vertieften Beziehung zwischen der EU und Chile, müssen jedoch unsere tiefe Besorgnis über die Auswirkungen dieses Abkommens zum Ausdruck bringen, insbesondere in Bezug auf Menschenrechte und Umwelt, sowie auf die Fähigkeit Chiles, seinen Rohstoffen einen Mehrwert zu verleihen. Das AFA wird die Ausbeutung von Rohstoffen erhöhen und gleichzeitig den politischen Spielraum Chiles für die Nutzung seiner natürlichen Ressourcen und Rohstofflieferketten verringern. Dieses Abkommen fördert nicht-nachhaltige und ungerechte Produktions- und Austauschmethoden, die darauf ausgerichtet sind, neokoloniale Handelsbedingungen zu stärken, denn:

Das AFA wird den unverantwortlichen Bergbau und seine sozialen und ökologischen Folgen verstärken, ohne dass ausreichend Schutzmechanismen zur Verfügung stehen.

Chile verfügt über mehrere Rohstoffe, die von der EU als [strategisch und kritisch](#) eingestuft werden, wie z. B. Lithium und Kupfer. Das AFA, genauer gesagt das Interims-Handelsabkommen (iFTA), wird den Handel mit Rohstoffen erheblich steigern, da durch das Abkommen alle Zölle und Ausfuhrabgaben sowie die technischen Handelshemmnisse auf chilenischer Seite wegfallen werden. Es ist daher zu erwarten, dass die Bergbauaktivitäten in Chile deutlich zunehmen werden. Der Bergbau ist ein konfliktträchtiger Wirtschaftszweig. Die [Lateinamerikanische Beobachtungsstelle für Bergbaukonflikte](#) hat bisher 49 Konflikte im Zusammenhang mit Bergbauprojekten in Chile gezählt. Zusammen mit den Umweltauswirkungen des Bergbaus (u. a. Verschärfung der Wasserkrise, Verlust der biologischen Vielfalt, Verschmutzung) werden diese Konflikte verschärft, wovon insbesondere die lokalen und indigenen Gemeinschaften betroffen sind, die oft in der Nähe der Bergbaustandorte leben und von Subsistenzlandwirtschaft und Weidewirtschaft abhängig sind. In der [Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung der EU](#) (SIA), die zu dem Schluss kommt, dass der Lithiumabbau erhebliche nichtwirtschaftliche Auswirkungen hat, wird dies ausdrücklich benannt: "In Anbetracht des erwarteten Anstiegs der Nachfrage nach Lithium und der Investitionen der EU in diesem Sektor, könnten sich die oben beschriebenen Auswirkungen noch verstärken". Entsprechend war die größte Sorge der zum Abkommen befragten Interessensgruppen auch die Ausweitung der sogenannten (environmental) *sacrifice zones* in Chile.

Dennoch sieht das AFA keine wirksamen und durchsetzbaren Schutzmechanismen vor; es gibt keine Verpflichtungen zur Einhaltung der ILO169 und des Rechts indigener Gemeinschaften auf freie, vorherige und informierte Zustimmung, wie sie in der UN-Erklärung

über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) aufgeführt sind und vom [UN-Berichterstatter bei seinem jüngsten Besuch in Chile empfohlen wurden](#). Das Gleiche gilt für wichtige internationale Menschenrechts- oder multilaterale Umweltabkommen. Das Kapitel Handel und nachhaltige Entwicklung (TSD) ist nichts weiter als eine Absichtserklärung. Die vorgeschlagene Revisionsklausel des TSD-Kapitels ist ebenso wie die gemeinsame Erklärung zur nachhaltigen Entwicklung allgemein und vage formuliert, sodass es höchst unwahrscheinlich ist, dass in Zukunft durchsetzbare Schutzklauseln aufgenommen werden. Noch besorgniserregender ist die Tatsache, dass das AFA anstelle einer obligatorischen Sorgfaltsprüfung für Bergbauunternehmen einen Investor-Staat-Streitbeilegungs-Mechanismus enthält, der ausländischen Unternehmen das Privileg gibt, Chile (aber auch die 27 EU-Mitgliedstaaten) vor einem internationalen Schiedsgericht zu verklagen, zu dem nur Investoren Zugang haben. Dieses Kapitel umfasst auch den Schutz für "Investitionen in fossile Brennstoffe oder andere Aktivitäten, die der Umwelt und den Menschenrechten erheblichen Schaden zufügen", und für die das EP im INI-Bericht vom Juni 2022 einen Ausschluss empfahl.

Das AFA wird die Absicht Chiles, seinen Rohstoffen einen Mehrwert zu verleihen, NICHT unterstützen, sondern vielmehr seine industrielle Entwicklung untergraben.

Das iFTA zwischen der EU und Chile enthält in seinem Kapitel über Energie und Rohstoffe (ERM) Bestimmungen zur Sicherung des EU-Zugangs zu Lithium, Kupfer und anderen Rohstoffen, die Chiles Kapazitäten zum Aufstieg in der Rohstoffwertschöpfungskette stark beeinträchtigen werden. Obwohl die Kommission die Klauseln als vorteilhaft für Chile dargestellt hat, erzählt das ERM-Kapitel eine andere Geschichte. Denn:

1. Es verbietet Ausfuhr- und Einfuhrmonopole für Rohstoffe, schränkt die derzeitige Doppelpreispolitik in Chile ein - derzeit behält Chile 25% der Produktion für lokal ansässige Unternehmen zu Vorzugspreisen vor - und verpflichtet Chile, keinerlei Ausfuhrbeschränkungen gegenüber EU-Unternehmen anzuwenden.
2. Die in dem Abkommen vorgesehenen Ausnahmen, die es Chile ermöglichen, "Maßnahmen zur Förderung der Wertschöpfung durch die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen zu Vorzugspreisen (...) einzuführen oder beizubehalten", werden durch die in Anhang II festgelegten Bedingungen stark eingeschränkt. Sie legen nämlich einen sehr konkreten Schwellenwert für die doppelte Preisgestaltung fest. So darf der Präferenzpreis "nicht unter dem niedrigsten Preis liegen, der in den vorangegangenen zwölf Monaten für Ausfuhren derselben Ware erzielt wurde". Anstatt also die industrielle Entwicklung Chiles zu fördern, wird mit diesen Klauseln die weitere Wertschöpfung im Lande eingeschränkt.
3. Mit dem Abkommen werden alle Arten von Zöllen und anderen Ausfuhrabgaben, die Chile derzeit erhebt, abgeschafft. Auf Kupfer beispielsweise erhebt Chile einen Ausfuhrzoll von bis zu 8%, der eine wichtige Einnahmequelle für den Steuerhaushalt des Landes darstellt. Die Abschaffung all dieser Zölle und Abgaben schafft weitere Anreize für die Rohstoffgewinnung und ist ein Anreiz für die Unternehmen in diesem Bereich, während dem Land praktisch keine Einnahmen verbleiben.

Durch diese Bestimmungen wird Chiles Fähigkeit, in der Wertschöpfungskette der grünen/sauberen Technologien aufzusteigen, ernsthaft behindert. Tatsächlich sieht die [SIA](#) einen Rückgang der Beschäftigung im Maschinenbau um fast 3% vor - ein Sektor mit traditionell guten Arbeitsbedingungen, der für Chiles Bemühungen um eine gerechte grüne Transformation von entscheidender Bedeutung ist. Dies ist eine Fortsetzung der bestehenden ungleichen Handelsstrukturen und erinnert an die Handelsbedingungen aus der Kolonialzeit. Dies steht auch im Widerspruch zu den Verpflichtungen Europas und Chiles im Hinblick auf eine gerechte und nachhaltige Entwicklung für alle (SDG 2030 Agenda).

Das Abkommen zwischen der EU und Chile untergräbt die sozial-ökologische Transformation in Chile und widerspricht dem Europäischen Green Deal.

Das AFA zwischen der EU und Chile wird als wichtiges Instrument zur Umsetzung der grünen Transformation in der EU beworben. Gleichzeitig werden die sozialen und ökologischen Kosten für diese Transformation externalisiert. Während europäische Konzerne Zugang zu Energieressourcen erhalten, um so genannten grünen Wasserstoff zu produzieren und zu exportieren und Rohstoffe auszubeuten, haben lokale Gemeinschaften mit den negativen Folgen dieser Geschäfte zu kämpfen. Investoren können nämlich nicht zum Technologietransfer, zur Beschäftigung von lokalem Personal oder zu lokal produzierten Gütern verpflichtet werden, da dies im Kapitel über die Liberalisierung von Investitionen verboten ist. Gleichzeitig wird die Fähigkeit des Staates, zu entscheiden, wie er seine natürlichen Ressourcen reguliert, stark eingeschränkt. Wenn Chile seine Wirtschaft weiterentwickeln will und deshalb höhere Steuern z.B. auf Bergbauprodukte erhebt, Subventionen einführt, eigene Preise festsetzt und ausländischen Investoren Vorschriften oder Leistungsanforderungen auferlegt, würden diese Maßnahmen als (technische) Handelshemmnisse gelten und einen Verstoß gegen das Abkommen darstellen. Dies wiederum könnte Vergeltungsmaßnahmen der EU oder sogar kostspielige Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren nach sich ziehen.

Die Entwicklung einer sozial-ökologischen Transformation in Europa auf Kosten des ökologischen und sozialen Wohlergehens in Chile widerspricht dem übergeordneten Ziel des [europäischen Green Deal](#), keinen Menschen und keinen Ort zurückzulassen, sowie den Bemühungen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels. Wir können eine Klimakatastrophe nur verhindern, wenn wir den Klima- und Umweltschutz weltweit respektieren und so eine sozial-ökologische Transformation nicht nur in Europa, sondern auch in Chile und weltweit sicherstellen.

Die AFA fördert vor allem landwirtschaftliche Großbetriebe in beiden Regionen.

Dies wird sich negativ auf die Rechte der Bauern, wie sie in der UNDROP ([Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Bauern und anderer in ländlichen Gebieten arbeitender Menschen](#)) anerkannt sind, und auf das Klima auswirken, da mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse in die ganze Welt verschifft werden. Das Abkommen ist besonders folgenreich für die Weidewirtschaft in beiden Regionen, die für den Erhalt der biologischen Vielfalt von zentraler Bedeutung ist. Darüber hinaus wird das Abkommen Kleinbäuer*innen aus dem Markt drängen und damit die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft fördern. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter, da viele kleine landwirtschaftliche Betriebe in Chile von Frauen geführt werden. Erfahrungen aus der Praxis zeigen auch, dass das Abkommen die derzeitigen Bemühungen der lokalen Landwirt*innen, sich durch agrarökologische Produktionsmodelle gegen Klimarisiken zu wappnen, zunichte machen wird.

Das AFA zwischen der EU und Chile ist Teil eines überholten Handelsmodells, das überwunden werden muss, wenn wir wollen, dass Europas grüner Übergang wirklich gerecht ist. Neokoloniale Handelsabkommen gehören der Vergangenheit an. Mehr als 485 Organisationen und Einzelpersonen aus Chile und Lateinamerika sind der gleichen Meinung und haben daher eine [starke Erklärung](#) unterzeichnet, in der sie dazu aufrufen, dieses Abkommen zu stoppen.

In Anbetracht der oben genannten Gründe bitten wir Sie, Ihre Unterstützung für dieses Abkommen zu überdenken und dem AFA zwischen der EU und Chile NICHT zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen,

Liste der unterstützenden Organisationen:

1. European Trade Justice Coalition (ETJC)
2. Raw Materials Coalition
3. Fair Trade Advocacy Office, Belgien
4. Netzwerk gerechter Welthandel, Deutschland
5. Umweltinstitut München e.V., Deutschland
6. WIDE+, European feminist network
7. Fundación Terram, Chile
8. PowerShift e.V., Deutschland
9. Attac Austria, Österreich
10. Anders Handeln, Österreich
11. Both ENDS, Niederlande
12. Platform Aarde Boer Consument, Niederlande
13. Working group Food Justice, Niederlande
14. FDCL-Center for Research and Documentation Chile-Latin America, Chile
15. Informationsstelle Lateinamerika ilar e.V., Deutschland
16. WIDE Austria - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven, Österreich
17. Österreichisches Lateinamerika-Institut, Österreich
18. Observatori del Deute en la Globalització, Spanien
19. Asociación Entrepueblos/Entrepobles/Entrepobos/Herriarte, Spanien
20. Ecologistas en Acción, Spanien
21. Coordinación Baladre, Spanien
22. Confederación General del Trabajo (CGT), Spanien
23. Observatorio de Multinacionales en América Latina (OMAL) - Paz con Dignidad, Spanien
24. Asociación para la Convivencia Intercultural Amazonas, Cádiz (Spain)
25. Amigos de la Tierra, Spanien
26. SETEM, Spanien
27. Coordinadora de Organizaciones de Agricultores y Ganaderos (COAG), Spanien
28. Associació Cultural i Medi Ambiental Arrels, Spanien
29. Ongd AFRICANDO, Spanien
30. Ateneo Libertario Altozano, Spanien
31. Alternativa Antimilitarista MOC/Adnv Canarias, Spanien
32. Ingeniería Sense Fronteres, Spanien
33. Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía (APDHA), Spanien
34. Zambra, Spanien
35. ATTAC España, Spanien
36. Alternativa Republicana Castilla y León, Spanien
37. [Lafede.cat](http://lafede.cat) - Organitzacions per a la Justícia Global – Catalunya, Spanien
38. Fridays for Future España - Juventud por el Clima, Spanien
39. punto&coma, Spanien
40. Asociación Cultural Brasileña Maloka, Spanien
41. AK EUROPA
42. Centre national de coopération au développement (CNCD-11.11.11), Belgien
43. 11.11.11 - Koepel van internationale solidariteit, Belgien
44. Arbeitskreis Indianer Nordamerikas, Deutschland
45. European Coordination Via Campesina
46. European Alliance for the Self-Determination of Indigenous Peoples
47. Attac Germany, Deutschland
48. TROCA - Plataforma por um Comércio Internacional Justo, Portugal
49. GADIP, Gender and Development in Practice, Schweden
50. NatureFriends Greece, Griechenland
51. Palombar - Associação de Conservação da Natureza e do Património Rural, Portugal
52. ZERO - Associação Sistema Terrestre Sustentável, Portugal
53. Friends of the Earth Europe
54. Attac France, Frankreich

55. Mouvement d'Action Paysanne, Belgien
56. Society of Threatened Peoples, Schweiz
57. SOMO, Niederlande
58. Collectif national Stop CETA-Mercosur, Frankreich
59. ActionAid France, Frankreich
60. Aitec, Frankreich
61. Bloom
62. CGT, Frankreich
63. Les Amis de la Terre, Frankreich
64. France Nature Environnement, Frankreich
65. Fédération Artisans du Monde, Frankreich
66. Les Amis du Monde diplomatique, Frankreich
67. France Amérique Latine – FAL, Frankreich
68. Alofa Tuvalu, Frankreich
69. Générations Futures, Frankreich
70. Confédération paysanne, Frankreich
71. FSU, Frankreich
72. Notre Affaire À Tous, Frankreich
73. LDH (Ligue des droits de l'Homme), Frankreich
74. Alternatiba, Frankreich
75. Action non-violente COP21, Frankreich
76. Sherpa, Frankreich
77. CADTM, Frankreich
78. Extinction Rebellion, Frankreich
79. L'Offensive, Frankreich
80. Canopée, Frankreich
81. Association d'ex-prisonniers politiques Chiliens en France, Frankreich
82. Handel Anders! Coalitie, Niederlande
83. Batani Foundation, Russland/USA
84. Fundación Tantí, Chile
85. Welthaus Graz, Österreich
86. Fondation pour la Nature et l'Homme, Frankreich
87. Sustentarse, Chile
88. Fundación Relaves, Chile
89. NOAH - Friends of the Earth Denmark, Dänemark
90. ÖBV-Via Campesina Austria, Österreich
91. Veblen Institute, Frankreich
92. Reds - Red de Solidaridad para la transformación social, Spanien
93. Securing Indigenous Rights in the Green Economy Coalition (SIRGE)
94. Espacio de la Coordinación de Apoyo al Pueblo Mapuche – TRAWUNCHE, Spanien
95. Asamblea Plaza de los Pueblos, Spanien
96. Chile Mejor sin TLC, Chile
97. Enerxya Cooperativa, Spanien
98. Transnational Institute, Niederlande
99. Entraide et Fraternité, Belgien
100. Global Witness
101. Coordination gegen BAYER-Gefahren, Deutschland
102. Informationsstelle Peru e.V., Deutschland